

Die Spaltungswut der Linken

Grabenkämpfe links des regierenden *Parti Socialiste*

Susanne Götze*

» Acht von zehn Franzosen wollen ihren Präsidenten nicht mehr. Die Wähler haben das Vertrauen in die Sozialisten verloren. François Hollande ist seit Jahren einer der unbeliebtesten Präsidenten der Fünften Republik und sieht sich gezwungen, unpopuläre Reformen durchzusetzen.

La gauche en panne

Le mouvement *Nuit debout* réunit tous les soirs sur la Place de la République à Paris les adversaires déclarés d'une politique qu'ils qualifient de néolibérale.

Face à des sondages qui lui sont peu favorables, le président François Hollande, élu en 2012 avec l'étiquette socialiste, constate avec amertume que la



majorité des manifestants qui se réunissent toutes les nuits à Paris et dans quelques autres villes sont essentiellement des militants de gauche – une gauche profondément divisée, alors que la campagne électorale pour les présidentielles de 2017 n'a pas encore officiellement commencé.

Réd.

An der *Place de la Bastille* in Paris steht das Leben nie still. Tag und Nacht umkreisen Autos, knatternde Motorräder und feiernde Touristen den „Genius der Freiheit“. Der goldene Jüngling balanciert mit einer Fackel und einer zerschlagenen Kette auf der 1833 erbauten Julisäule. Genauso bewegt wie der Platz ist auch seine Geschichte. Sie erzählt von über 200 Jahren eines tragischen, aber auch siegreichen Kampfes gegen Monarchie, Ausbeutung und Kapitalismus: Hier wurde das Bastille-Gefängnis gestürmt, verbarrikadierten sich die Revolutionäre von 1830, verteidigten sich die Kommunisten von 1871 gegen die Truppen von Versailles, sangen Tausende Unterstützer des *Front Populaire* 1936 die Internationale und schließlich feierten hier die Mitterrand-Anhänger im Mai

1981 ihren Wahlsieg. Gut 30 Jahre später, am 6. Mai 2012 bestieg ein weiterer sozialistischer Präsident die Bühne auf dem Platz, noch ganz im Siegestaumel: „*Ich habe euren Willen zum Wechsel gehört. Ich habe eure Kraft und eure Hoffnung gespürt*“, rief François Hollande mit heiserer Stimme ins jubelnde Fahnenmeer. Einige Wochen zuvor hatte an gleicher Ort und Stelle der linke Gegner von Hollande, Jean-Luc Mélenchon, noch zur Wahl des *Front de Gauche* aufgerufen, dann im zweiten Wahlgang aber doch den *Parti Socialiste* (PS) und Hollande unterstützt. Dieser 6. Mai 2012 war ebenso wie der Mitterrand-Sieg 1981 einer der wenigen Momente der letzten 200 Jahre, in dem sich die Linke zu einem Sieg zusammenraufte.

* Dr. Susanne Götze lebt in Berlin und arbeitet als freie Journalistin und Autorin. Sie hat 2015 ihre Dissertation über *Die Neue französische Linke von 1958–1968* (Tectum, Marburg) veröffentlicht.

Auf das Tief der französischen Sozialisten reagieren Hollandes ehemalige Unterstützer mit Liebeszug. Das Vertrauen in die sogenannte *gauche caviar* – ins Deutsche noch am besten mit dem Begriff „Salonbolschewisten“ zu übersetzen – war ohnehin wacklig. Das französische Sprichwort „Das Herz schlägt links aber das Portemonnaie auf der rechten Seite“ drückt das allgemeine Misstrauen in die regierende Klasse aus. An die 90 % der jungen Leute glauben nicht mehr, dass sich die Politik um ihre Anliegen kümmert, fand eine Studie des *Centre de recherches politiques de Sciences Po* heraus. Dabei wollte sich der sozialistische Präsident gerade um diese jungen Menschen kümmern. Je nach Umfrage trauen nur noch 13 bis 35 % der linken Sympathisanten dem Präsidenten aktuell zu, das Ruder bis zum 23. April 2017 noch rumzureißen. Hollande ist für viele Linke heute nur einer von „denen da oben“, ein Funktionär, kein Mann des Volkes.

Dementsprechend rumort es im linken Lager: Von der Regierungspartei selbst bis hin zur radikalen Linken zittert man vor dem Schreckgespenst des populistischen *Front National* (FN). Marine Le Pen im zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen entweder gegen François Hollande oder einen konservativen Kandidaten – das will man sich gar nicht so recht ausmalen. Dieses Szenario mahnt eigentlich zu Einigkeit im linken Lager, doch die will sich nicht einstellen. Tragisch repetiert sich derzeit das althergebrachte Verhaltensmuster der französischen Linken: Während nach außen hin in pathetischen Ansprachen die Einheit der linken Bewegung beschworen wird, zerschlagen dieselben Leute im Hintergrund das Geschirr. Diese Kakophonie aus *Parti Communiste*, *Parti de Gauche*, *Nouveau Parti anticapitaliste*, *Lutte Ouvrière* und *Nouvelle Gauche Socialiste* stellt bisher (neben François Hollande und seinem *Parti Socialiste*) drei Präsidentschaftskandidaten, wobei nicht ausgeschlossen ist, dass noch weitere hinzukommen.

Straßendemokratie versus Establishment

Kein Wunder also, dass sich einige Teile des radikal-linken Lagers mittlerweile aus der Parteilarbeit verabschiedet haben. Sie stellen das Parteien-

system in sich in Frage und versammeln sich seit dem 31. März auf der *Place de la République* – keine zwei Kilometer von dem Platz, wo ein Heer von linken Anhängern dem Präsidenten noch 2012 jubelte.

Die Bewegung *Nuit debout* (was so viel wie „Die Nacht hindurch auf den Beinen“ heißt) macht gegen das neue Arbeitsgesetz von Wirtschaftsminister Emmanuel Macron mobil. Nicht locker lassen wollen die Aktivisten bei alterkämpften Rechten wie der 35-Stunden-Woche oder dem Kündigungsschutz. Das Gesetz von Macron ist für *Nuit-debout*-Anhänger allerdings nur ein Symptom neoliberaler Politik, bei der es nicht um den Menschen, sondern um „Gewinnmaximierung einer Minderheit“ gehe. Unter den Platzbesetzern sind im April noch Bürger aller Couleur: Studenten, die Angst haben, später keinen sicheren Arbeitsplatz mehr zu bekommen etwa oder resignierte Arbeitslose oder Angestellte, die durch den Stress im Beruf keine Zeit mehr für ihre Familie haben. Sie knüpfen an die Tradition der „Empörten“ an, deren Besetzerpraxis von öffentlichen Plätzen das Frühjahr 2011 bestimmte und die sich am Aufruf des französischen Widerstandskämpfers Stéphane Hessel („Empört euch!“) inspirierten.

Seit Wochen kommen Hunderte *citoyens* ein Jahr vor den Wahlen zur *Place de la République*. Jeder darf ans Mikro. Viele sprechen das erste Mal in der Öffentlichkeit. Aber alle hören geduldig zu, gründen Arbeitsgruppen, machen Stimmung gegen die Regierung, Politik und Medien schauen etwas verunsichert zu. Es gibt keine Fahnen, keine Logos, keine Kategorien, in die man die Besetzer stecken kann. Die Aktivisten beschwerten sich, dass die Hauptstadt-Journalisten nicht aufhören zu fragen: „Wollt ihr eine Partei werden?“ Diese Frage ist nicht ganz unbegründet – auch wenn sie den demokratie-euphorischen Aktivisten auf dem Platz reichlich bürgerlich und abgestanden vorkommen mag. Es wäre aber nicht das erste Mal, dass im krisengeschüttelten Europa aus einer sozialen Bewegung und Außenseiter-Parteien ein Parteienbündnis entstünde – das dann in einem kometenartigen Aufstieg das Parlament erobert.

Vor einem Jahr machte die griechische *Syriza* mit ihrem Wahlerfolg europaweit Schlagzeilen, nie schienen sich Straße und Parlament so nah.

Lange hielt die Freundschaft mit der außerparlamentarischen Bewegung allerdings nicht, mittlerweile gibt es mehr Gegendemos in Athen als Triumphzüge für den linken Präsidenten, Alexis Tsipras. Aber Sieg bleibt Sieg. In Spanien wurden die Bewegung 15. Mai und die daraus gegründete Partei *Podemos* im Dezember 2015 drittstärkste Kraft im spanischen Parlament; auch die italienische *Fünf-Sterne-Bewegung* feierte 2013 bei den Parlamentswahlen ähnlich große Erfolge.

Bislang war die Straßendemokratie in Frankreich jedoch eine Sackgasse. Weder die Empörten, noch die Bewegung *Nuit debout* haben es bislang geschafft, dem parlamentarischen System ernsthaft in die Quere zu kommen. Noch viel wichtiger: Sie haben es nicht einmal versucht. So ist auch die Zurückhaltung anderer linker Parteien wie des *Parti Communiste* oder des *Front de Gauche* nicht verwunderlich. Mit Nachdruck erklärte der Präsidentschaftskandidat des *Parti de Gauche*, Mélenchon, er wolle die Bewegung nicht politisch für sich vereinnahmen, sondern er hoffe, von der Bewegung „vereinnahmt zu werden“. Die Linkspolitiker wissen indes genau, dass die Bewegung sie als „Teil des Systems“ sieht.

Spannungen zwischen sozialen Bewegungen und linken Parteien sind ein alter Hut: Schon in den 1960er-Jahren torpedierten linke Strömungen die Debatten um die Teilnahme an Wahlen mit Parolen wie *Election, trahison* oder *Elections, piège à cons*. Linke Parteien wie der *Parti Socialiste Unifié* (PSU) diskutierten Anfang der 1960er-Jahre über die Auflösung von hierarchischen Parteistrukturen und dem Versuch, die Partei als soziale Bewegung zu verankern. Das endete allerdings mit der Marginalisierung und schließlich der Auflösung der Partei.

Neuer Wein in alten Schläuchen

„It’s all just a little History Repeating“ könnte man auch bei dem Versuch der enttäuschten PS-Mitglieder denken, die im Juni 2015 austraten, um die Partei *Nouvelle Gauche Socialiste* (NGS) zu gründen. Wieder ist die französische Parteienlandschaft um eine Spaltung reicher – und wieder mit dem Anspruch, durch Spaltung die Linke endlich wieder zu einen. Was wie ein Treppenwitz

klingt, ist aber verdammt ernst gemeint. Der Initiator der NGS, Liêm Hoang-Ngoc, verließ das sinkende Schiff von Hollande, weil „jene, die den Franzosen wirklich etwas zu bieten haben, heute außerhalb der PS arbeiten“. Die NGS hat das hehre Ziel, die gesamten Kräfte der Linken zu einen: den *Front de Gauche* mit dem PCF ebenso wie den mittlerweile auch gespaltenen Grünen (*Europe Ecologie Les Verts*). Im März rief die NGS dann dazu auf, den „Kandidaten der Vernunft“ (Jean-Luc Mélenchon) zu unterstützen. Ziel der NGS: Mit einer vereinten Linken bei den Präsidentschaftswahlen Hollande zu überholen und im zweiten Wahlgang Mélenchon gegen Le Pen durchzubringen.

Der Name *Nouvelle Gauche* wurde von Hoang-Ngoc sicher nicht ohne Grund gewählt. Ein historischer Rückblick zeigt, wie sehr dieser ein Ausdruck für Reformkämpfe in der Linken seit den 1950er-Jahren ist. Und seine Geschichte verweist darauf, wie wenig sich die ideologischen Konflikte über die Zeit verändert haben. Mit der *Nouvelle Gauche* verbinden vor allem ältere Bürger den Namen Michel Rocard und den *rocardisme*. Der heute 85-jährige PS-Politiker war vor seinem Übertritt in den PS in den 1970er-Jahren der Politikstar der kleinen linken Partei PSU. Deren Ergebnisse erreichten bei Parlamentswahlen zwar nie mehr als 3 %, dennoch war die Partei als „linkes Ideenlabor“ eben jener Versuch, radikale und gemäßigte Kräfte zu bündeln. Der PSU war ein Sammelbecken für frustrierte Sozialisten, die nach dem Zusammenbruch der Vierten Republik im Jahr 1958 eine neue Heimat suchten. Aber eben auch für Kommunisten, deren Partei sich durch eine stalinistische Politik immer mehr diskreditierte. Unter den politischen Vorzeichen der Konfrontation des kapitalistischen, marktorientierten und des sowjetischen Gesellschaftsmodells versuchte die PSU, das „sozialistische Erbe“ neu zu definieren und die linke Bewegung moderner und schlagkräftiger aufzustellen. Diese Versuche subsummieren Historiker heute unter der Neuen Linken. Als deren Teil ging die PSU schließlich wieder teils in der „ersten“ oder traditionellen Linken sowie teils in den außerparlamentarischen Bewegungen nach 1968 auf.

Grundsätzlich standen sich in der Neuen Lin-

ken der 1960er-Jahre zwei ideologische Schulen gegenüber: einerseits die marxistische Schule, die trotz der Unabhängigkeit von SFIO (Vorläufer des PS) und PCF an bestimmten Grundsätzen des traditionellen Sozialismus-Bildes festhielt, und andererseits die Modernisten, die versuchten, alternative Konzepte der Dezentralisierung und Partizipation zu entwickeln. Zu letzteren zählte Michel Rocard, der immer als politischer Kontrahent von Mitterrand gehandelt wurde. Er und seine Anhänger, die Rocardisten, trugen diese Ideen 1974 in den PS.

Abkehr von der Mutterpartei

Die Forderungen der von Hoang-Ngoc vor einigen Monaten gegründeten *Nouvelle Gauche* muten wie eine abgeschwächte Kopie des PSU-Programms an: Auch sie trat für eine ökologische und soziale Politik ein und für mehr demokratische Mitbestimmung in Politik und Unternehmen. „Hollande macht genau das Gegenteil von dem, was eine linke Regierung eigentlich machen müsste: Sie friert die Gehälter ein, macht den Aktionären Milliardeneschenke und tut nichts für die Energiewende“, so Hoang-Ngoc.

Die Abkehr von Hoang-Ngoc und Mélenchon von der „korrumpierten“ Mutterpartei erinnert ebenfalls an den verzweifelten Akt ihrer Vorfahren im Jahre 1958. Nachdem die Sozialisten die Macht an de Gaulle abgegeben hatten, veröffentlichte die innerparteiliche Opposition der SFIO einen Appell: Die Parteispitze müsse ausgewechselt werden, hieß es darin und die „Ehre des französischen Sozialismus“ gerettet werden. Zudem bezichtigten die Aufrührer ihre Partei, den Sozialismus durch ihre Unterstützung von de Gaulle endgültig verraten zu haben. Letzteres könnte man heute durch die „konservativ-neoliberale Politik“ der *Loi Macron* ersetzen.

Zwar würden die Sozialisten die Macht heute nicht freiwillig an ihre Gegner abtreten, dennoch ist die politische Enttäuschung der „abtrünnigen“ PSler vergleichbar groß. Auch dieses Mal werfen Hoang-Ngoc und der *Parti de Gauche* ihrer Mutterpartei vor, nicht mit der Zeit zu gehen, sozialistische Ideale über Bord zu werfen und eine autoritäre Funktionärspartei zu sein. „In der PS sind

keine Debatten mehr möglich“, klagt NGS-Gründer Hoang-Ngoc. Ähnlich äußerten sich die SFIO-Abweichler um Michel Rocard und Edouard Depreux zu Beginn der Fünften Republik.

Wie vor 50 Jahren

Ebenso unverändert wie vor 50 Jahren ist die Spaltungswut der französischen Linken. Weder sind sich alle über die Kandidatur von Mélenchon einig, noch verstehen Beobachter wirklich, warum die enttäuschten PSler sich nicht gleich dem *Parti de Gauche* des ehemaligen PS-Mitglieds Mélenchon angeschlossen haben. Unmut herrscht außerdem in Teilen der linken Parteienlandschaft darüber, dass Mélenchon sich nicht einer Vorwahl (*Primaire*) gestellt hat, sondern quasi ohne Absprache mit den politischen Partnern wieder kandidiert hat. 2012 fuhr der ehemalige Sozialist über 11 % der Stimmen ein.

Besonders gekränkt ist der PCF unter Pierre Laurent. Mélenchon habe die mühsam geschmiedete Gemeinschaft des *Front de Gauche* einfach übergangen und sich ohne Rücksprache zum Kandidaten ausgerufen, so der Vorwurf. Der *Nouveau Parti anticapitaliste* hatte sowieso nie vor, mit den Ex-PSlern zusammenzuarbeiten und hat wieder Philippe Poutou ins Rennen geschickt. Und die Nummer drei der linken Kandidaten? Die Trotzlisten von *Lutte Ouvrière* setzen wie 2012 auf Nathalie Arthaud. Aber damit sind die bisher fruchtlosen Bemühungen für eine „gemeinsame Front“ gegen den Rechtsruck noch nicht beendet: Seit einigen Wochen bringt sich der Umweltaktivist und Filmemacher Nicolas Hulot ins Gespräch. Unterstützt von Alt-Intellektuellen wie dem Soziologen Edgar Morin (der zusammen mit Stéphane Hessel auch im Umfeld jenes PSU-Experimentes in den 1960er-Jahren mitwirkte) will Hulot erstmals eine parteiübergreifende „Bürgerplattform“ aufbauen und sich dann im Herbst entscheiden, ob er kandidiert. Selbst die PCF denkt nun darüber nach, Hulot zu unterstützen – wenn man den Gerüchten Glauben schenkt. Soziale und ökologische Forderungen stellt jedoch auch die NGS von Liêm Hoang-Ngoc. Dass diese sich nun voreilig auf Mélenchon festgelegt hat, könnten die PS-Aufrührer noch bereuen.